



Prunze's Milch-Seife
Dresden.

Dresdner Nachrichten



Lobeck & Co.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Königsplatz Dresden, Altmarkt 2.



Hühnerjagd.
Hugo Borack
Soeststr. 1, Ecke Altmarkt.



C. Heinrich Barthel
Neueste Modelle
Waisenhausstr. 30, Fernspr. I, 3300.



MATTONI'S GIESSHÜBLER
Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk.



Tapeten.
Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
Tapeten.

Solide, elegante deutsche und englische Tuchwaren

empfeht in grossartigster Auswahl billigst C. H. Hesse, 20 Marienstrasse 20, Ecke Margarethenstrasse (3 Raben).

Dr. 287. Spiegel: Militärrichterreform. Hofnachrichten, Ausstellungsnotizen, Stadverordnungen, Rathmäßige Bitterung: Sonnabend, 16. Oktober 1897.

Politik.

Die Frage: Wie sieht es mit der Militärrichterreform?

Die Frage: Wie sieht es mit der Militärrichterreform? Ist auf der Tagesordnung geblieben, seit der Reichsanwalt Dr. Hohenhausen im Mai vorigen Jahres im Reichstage die Erklärung abgegeben hat, dass eine solche Reform, angeblich auf den Grundlagen der modernen Rechtsanschauungen, zu erwarten sei. Eine Beantwortung hat die Frage auch durch die Erklärung nicht gefunden, die der Reichsminister Freyer von sich Namens der bayerischen Regierung in dem Finanzsaal der Münchener Abgeordnetenkammer abgegeben hat. Nach Lage der Sache konnte diese Erklärung im Wesentlichen nichts Neues bringen, da der dem Bundesrathe vorliegende Entwurf und die Verhandlungen darüber, die noch nicht über das Stadium der Vorberatung hinaus gelangt sind, geheim gehalten werden. Alle bisherigen Mittheilungen über den Stand der Angelegenheit können daher nur einen sehr zweifelhaften Werth haben; nach wie vor steht bloss so viel fest, dass eine thätliche Entscheidung noch nicht getroffen ist. Für den Reichsanwalt lag daher bis jetzt ein zwingender Grund nicht vor, seine Entlassung einzuweisen, weil er sich außer Stande sieht, sein hinsichtlich der Reform gegebenes Versprechen zu erfüllen. Die Möglichkeit, dass die Beratungen des Bundesrathe zu einem positiven Ergebnisse im Sinne dieses Versprechens führen, sodass sich der Reichstag in seiner nächsten Tagung mit der Reform befassen könnte, ist noch vorhanden; aber wahrscheinlich ist das nicht, denn die Regierung des bayerischen Ministers: „Sollte eine gemeinsame Militärrichterreform für das Reich nicht zu Stande kommen, so verbleibt es in Bayern bei dem bestehenden Gesetze“, klingt nicht gerade sehr beruhigend.

Die Erklärung des Reichsministers Freyer von sich hat im Uebrigen bestätigt, was bisher über die grundsätzliche Haltung verstanden wurde, welche die bayerische Regierung zur schwebenden Reform eingenommen hat. Es war nicht anders zu erwarten, dass Bayern bei dem Grundsatze beharren würde, die im Landtagsabstimmungs vom 1892 festgestellten worden waren. Die bayerische Regierung hatte sich damals dem Landtag gegenüber verpflichtet, wenn es sich um die Bekämpfung eines einheitlichen Militärrichterreform handeln würde, möglichst die Grundzüge des gegenwärtigen bayerischen Militärrichterreform, insbesondere jene über die Gerichtsorganisation und die Unabhängigkeit und Definitivität des Hauptverfahrens, insoweit sich diese Grundzüge durch die Erfahrung erprobt haben, auch fernerehin zu vertreten. Zu den bayerischen Einrichtungen, die sich nach Meinung der bayerischen Regierung nicht bewähren haben, gehört jedenfalls nach früheren Erklärungen des Reichsministers das Institut der Militärgerichtswesen, bezüglich dessen u. A. schon damals geltend gemacht wurde, dass es im Kriegsfall unter Umständen gar nicht durchführbar sei. Die Frage des obersten Militärgerichtshofs und der bayerischen Justizhoheit, die bisher als einer der Hauptdifferenzpunkte in den Verhandlungen über die neue einheitliche Militärrichterreform angesehen wurde, ist in dem Landtagsabstimmungs vom 1892 nicht berührt worden, aber der bayerische Reichsminister hat in seiner jetzigen Erklärung ausdrücklich betont, dass die bayerische Regierung für Wahrung der bayerischen Reservatrechte in vollem Umfange eingetreten ist und dies mit Festigkeit auch in dem weiteren Stadium der Verhandlungen thun werde. Hiermit kann kein Zweifel mehr bestehen, dass Bayern seinen obersten Militärgerichtshof als ein Reservatrecht ansieht und keineswegs geneigt ist, darauf zu verzichten. Ob in der That Bayern ein vertragsmäßiges Reservatrecht besitzt, seinen eigenen obersten Militärgerichtshof zu behalten, nachdem das Reich eine neue Militärrichterreform geschaffen hätte, wird freilich nicht überall zugegeben. Von bayerischer Seite wird darauf hingewiesen, dass das bayerische Heer eine in sich abgeschlossene Bestandtheil des deutschen Heeres mit selbständiger Verwaltung unter der Militärhoheit des Königs von Bayern bilde; die bayerische Militärrichterbarkeit sei aber ein Bestandtheil der bayerischen Militärrichterbarkeit und könne ohne Zustimmung des Königs von Bayern auf dem Wege der Reichsgesetzgebung nicht geändert werden. Von den Gegnern des fraglichen Reservatrechts wird dagegen geltend gemacht, dass in dem Versaillesvertrag gefordert ist: „Bayern behält zunächst seine Militärrichterbarkeit bis zur verfassungsmässigen Beschlußfassung über die der Bundesgesetzgebung angeheimfallenden Materien.“ Dazu gehört aber nach § 14 des Art. 4 der Reichsverfassung das gesammte Militärwesen des Reiches. Wenn also auf dem Wege der Reichsgesetzgebung, durch Bundesrat und Reichstag, die im Versaillesvertrag vorgesehene verfassungsmässige Beschlußfassung erfolgt, so sei der bayerische Anspruch auf eigene Militärrichterbarkeit und demnach auch auf einen eigenen obersten Militärgerichtshof als „Reservatrecht“ zu betrachten. Aber selbst wenn die Mehrheit des Bundesrathe die Ansicht vertreten sollte, dass Bayern ein Reservatrecht auf einen eigenen obersten Gerichtshof nicht zulasse, so wird man es doch angesichts der Entschiedenheit, mit der in Bayern dieses Reservatrecht beansprucht wird, schwerlich dahin kommen lassen, Bayern zu majoritiren. Auch der Kaiser soll der Meinung Ausdruck geben haben, dass in dieser Frage Bayern nicht überstimmt werden dürfe, und es ist auch nicht einzusehen, warum nicht eine Militärrichterreform zu Stande kommen sollte, ohne dass Bayern seinen eigenen obersten Militärgerichtshof aufzugeben braucht. Die Erklärung der Einseitigkeit der Richterbarkeit auch in Militärsachen ist gewiss wünschenswert, aber

nicht so wünschenswert, dass deshalb der bundesstaatliche Charakter und das gute Verhältnis der Einzelstaaten zu einander durch parlamentarische Majoritätsbeschlässe beeinträchtigt werden müsste.

Die Hauptschwierigkeiten, die dem Zustandekommen der Reform entgegenstehen, scheinen auf einem anderen Gebiete zu liegen. Es wird u. A. behauptet, dass ein wesentlicher Hinderungsgrund liegt, dass mächtige Einflüsse nach wie vor Bedenken und Widerstand gegen Hauptgrundzüge der Reform, namentlich gegen die Öffentlichkeit und die Vereinfachung des Befähigungsrechts des obersten Kriegsgerichts, erheben. Jedenfalls ist die Reform von so schwerwiegenden militärischer und politischer Bedeutung, dass bei der Fülle der Schwierigkeiten der Materie und bei den bedeutenden Prinzipienfragen besonnenere, sorgsame Erwägungen durchaus gerechtfertigt sind und das es besser sein würde, die gegenwärtigen Verhandlungen zu keinem Resultate führen zu lassen, als zu einem solchen, durch welches zwar dem herrschenden Drängen radikaler Kreise, die eine völlige Demokratisierung des militärischen Strafverfahrens herbeizuführen möchten, Rechnung getragen werden würde, aber welches geeignet wäre, den militärischen Geist in unserem Heere, wie es sich trotz der bestehenden Mängel in der Militärrichtergerichtsbarkeit so glänzend bewährt hat, zu gefährden. Unter Heer bietet auf die Dauer den einzigen sicheren Schutz gegen die äußeren Feinde und gegen den Unsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung; es wird daher vor allem der Gesichtspunkt maßgebend sein müssen, die Reform des Militärrichterreform so zu gestalten, dass dieser Schutz gegen die inneren und äußeren Feinde an Stärke und Festigkeit nichts einbüßt. Ueber die Nothwendigkeit der Reform und dass sie unsere modernen Rechtsanschauungen zu berücksichtigen hat, ist man auf allen Seiten einig; aber die Reform muss so gehalten sein, dass das Erhalten bleibt, was unserem Heere seine höchste moralische Kraft giebt, nämlich das Gefühl festgesetzelter Zusammengehörigkeit und das Bewusstsein von der Unerschütterlichkeit eines unbedingten Gehorsams.

Kernschreib- und Kernschreib-Berichte vom 15. Oktober.

Berlin. Der Kaiser und die Kaiserin treffen mit den zwei ältesten Prinzen am Montag früh in Wiesbaden ein, woselbst sie bis zum 20. Oktober verweilen werden. — Die im Anknüpfen an den letzten Empfang des Reichsanwalts bei dem Kaiser neubestimmte wieder in Umlauf genommene Berichte von einer Reichsanwaltsreform werden in unterrichteten Kreisen als durchaus grundlos bezeichnet. — Heute Mittag fand in der bayerischen Universität die feierliche Uebergabe des Rektorats an Professor Dr. Ammer statt. Derselbe hielt, nachdem er den Rektorats-Eid geleistet und mit den Abschiedsreden des Reichsanwalts eine Rede über die wechselnden Theorien und feststehenden Wahrheiten im Gebiet der Staats- und Sozialwissenschaften und die heutige deutsche Volkswirtschaftslehre. Er erinnerte in folgenden Sätzen: „Sowohl eine Reihe von verschiedenen Standpunkten im Gebiet der Staatswissenschaften und in ähnlichen Disciplinen können nebeneinander bestehen und um den Vortritt ringen, ohne eine gleiche Gelegenheit zur Bethätigung auch in den Hörsälen der Universitäten gegeben werden, aber es biete sich dem Fortschritt und der Entfaltung entgegenstellen, wenn man absterbende, überlebte Richtungen und Methoden, den höher lebenden und ausgeübten gleichstellt.“ Ueber strikte Smithianer noch strikte Marxianer können heute Anspruch darauf machen, für vollwertig zu gelten. Wer nicht auf dem Boden der heutigen Fortschritt, der heutigen Gesetzgebungs- und Methode steht, ist kein brauchbarer Lehrer. — Geringe wenige wie derjenige, welcher anstatt des Grammatikinteresses einfließen vertritt. — Großherzogin Marie von Mecklenburg und der Herzog-Regent von Mecklenburg-Schwerin haben den kommandirenden Admiral beauftragt, sämtlichen Seeoffizieren für die bevorstehende Teilnahme an der Trauer für den verstorbenen Herzog Friedrich Wilhelm noch einmal ihren tiefempfindlichen Dank auszusprechen. — Die Nachricht, dass die Abtheilung Berlin der Deutschen Kolonialgesellschaft die Regierung für eine Reichs-Veterine zu interessieren beabsichtigt, deren Ueberhülle für koloniale Zwecke verwendet werden sollen, wird als vollständig unbegründet bezeichnet. Wegen anarchischer Umtriebe wurde der Metallarbeiter Ehrhard Schenker aus Berlin ausgewiesen.

Berlin. Ein von Bernau kommender Güterzug stieß auf der Strecke zwischen Nieder-Schönhausen und Pantow auf einen von Berlin abgelassenen Frachzug, vermutlich infolge falscher Weichenstellung. Ein Bremser erlitt einen Armbruch, mehrere Wagen wurden beschädigt.

Hamburg. Der wegen Verleumdung des Königs der Belgier zu 8 Monaten Gefängnis verurtheilte Redakteur des „Hamburger Echo“, Reinhold Stenzel, ist gegen Stellung einer Kaution von 5000 M. aus der Haft entlassen worden.

Rdin. Die Aufregung der Bewohner Rdin-Niebs wie der Umgebung steigert sich mit jedem Tage. Gestern Nacht brannte wiederum infolge Brandstiftung eine mit Frucht gefüllte Scheune ab. Trotz eifrigster Bemühung der Polizei, sowie der Bewohner, war es nicht möglich, die Brandstifter ausfindig zu machen. Die nationalliberalen, sowie die freisinnigen Abgeordneten brachten bei den Oberbürgermeister den Antrag ein, das Kollegium wolle beschließen, den Oberbürgermeister zu beauftragen, an zuständiger Stelle vorstellig zu werden, dass ein verstärkter polizeilicher Schutz der Bürger, namentlich bei Nacht, angeordnet werde. Der Antrag soll bereits in nächster Sitzung zur Verhandlung kommen. — In der Deutsch-Groß-Handlung von Löber erprobten heute früh in dem Augenblick, als der Hecker mit dem Brandbombe Streichholz die unteren Lebensräume betrat, gewaltige Mengen ausgetretenen Rauchgases. Infolgedessen wurde das ganze untere Haus demolirt, Möbel zertrümmert und Wände eingedrückt. Die Frau des Besitzers erlitt schwere Brandwunden, während der Besitzer selbst wunderbarerweise unversehrt blieb. Die Detonation war so stark, dass in weiterem Umkreise Fenster zerbrachen.

Wien. Abgeordnetensaal. Nach einer Reihe namentlicher Abstimmungen, welche etwa drei Stunden in Anspruch nahmen, wurde die Verhandlung über die Ministeranfrage fortgesetzt. Abg.

zug führte aus, die Ministeranfrage sei thätlich begründet. Er hob die Nothwendigkeit der Vorgehung des authentischen Textes des Gesetzes hervor, welches sowohl er als auch Andere vergeblich verlangt hätten. Der Antrag wurde als eine Reihe von Gegenüberstellungen inneren Politik. Redner citirte dann mehrere angelegentlich Erklärungen des Grafen Hohenhausen über die inneren Angelegenheiten, erörterte das Vorgehen der Regierung im böhmischen Landtag, sprach von den Vorfällen in Czer und erklärte, es sei zweifellos, dass der Antrag gegen die deutsch-böhmischen Abgeordneten gerichtet gewesen sei und eine vorläufige Gleichvertheilung involvire, welche die Erhebung der Ministeranfrage rechtfertigte. (Lebhafte Beifall und Jubelruf.) Abg. Junker beantragt, das Haus wolle beschließen, dass der Ministerpräsident, der vom Hause abwesend ist, der Verhandlung beizuwohne. (Wiederholter Beifall.) Abg. Junker beantragt, dass das Haus nicht zur Abstimmung bringen und ertheile dem nächsten Redner das Wort. (Stille im Saal.) Der Präsident des Reichstages, dem nächsten Redner das Wort zu ertheilen. Da die Wiederherstellung der Ruhe unmöglich erscheint, unterbrecht der Reichspräsident die Sitzung. Während der Unterbrechung ertheilt der Reichspräsident im Saal, die Sitzung wird wieder eröffnet. — Das österreichische Kriegsschiff „Sunderberg“ ist heute von Pola nach der Zudana in See gegangen.

West. Kaiser Wilhelm hat dem Offiziers Kasino des in Köln garnisontirenden 31. Infanterie-Regiments, dessen Jahaber er ist, silberne Ehrentafel zum Geschenk gemacht. Der Oberst erhielt die Uniform Kaiser Wilhelm's I., der ebenfalls Jahaber dieses Regiments war. — Im kroatischen Grenzdistrikt Gracac sind fünfliche Unruhen ausgebrochen. Eine Kompanie Gendarmen wurde dahin entsandt.

Belgrad. Der „Reiter Lloyd“ berichtet das Interieur des „Rugor“ mit bulgarischen und serbischen Staatsmännern und weist auf die Abhaltung der bulgarischen hinsichtlich Makedoniens hin, aus der ersichtlich ist, dass die europäischen Mächte in diesen Balkanländern auf lange Zeit hinaus umständlich machen wollen, dass die Balkanstaaten gleich Griechenland über die Türkei verfallen und sich entweder blutige Kämpfe bieten oder im Falle eines Sieges sich wegen der Beute gegenseitig gleichsetzen. (Lebhafte Beifall und Jubelruf.) Abg. Junker beantragt, das Haus wolle beschließen, dass die europäische Großmacht die Balkanstaaten nicht das Bedürfnis haben, sich durch Bulgarien, oder Serbien, oder durch beide ein Orient-Problem aufzwingen zu lassen. Derselbe europäische Vorschlag, welche während des Krieges die Kleinen abstößt, bildungs in ihr Verderben zu rennen, werde weiterhin die Abenteurerthätigen von dummen Streichen zurückhalten.

Wien. Die bedeutende Feuerschiff von Berni in Bodan ist durch ein infolge Benzinexplosion hervorgerufenes Feuer zerstört worden. Zwei Arbeiterinnen kamen in den Flammen um, mehrere andere wurden schwer verletzt.

Brüssel. Ein Telegramm des Gouverneurs des Kongo-Staats meldet, dass Lieutenant Henry am 15. Juni d. J. die aufrikerischen Soldaten der Expedition Dhaná bei dem Albert-See vollständig geschlagen hat. Den Aufständigen wurden viele Gewehre und Munition abgenommen. 400 Rebellen sind gefallen, die Ueberlebenden haben sich in die Berge geflüchtet, wo sie nach der Ansicht des Lieutenant Henry wegen Mangel an Lebensmitteln umkommen dürften. Genü wurde vom König der Belgier als Suzerän des unabhängigen Kongostaaats des Ritterkreuz des Ordens des afrikanischen Sternes verliehen.

Bern. Der Nationalrat hat die Beratung des Rückkaufgesetzes in allen Punkten bis auf zwei, die heute noch erledigt werden sollen, dem Stande zurückgelassen.

Madrid. In Granada wurden nachmittags 4 Uhr mehrere heftige Erdstöße verspürt, welche mehrere Sekunden dauerten und von donnerähnlichem Geräusch begleitet waren. Die Bewegungen gingen von Nord nach Süd. Menschenleben sind nicht zu beklagen. — Es verläutet, dass neuerdings Wasserkrämer über die spanische Grenze in den Burenen für die Karlisten getrieben wird. Es handelte sich angeblich im September um 11.000 Flinten.

Kopenhagen. Der Minister des Innern Bordenfiedt wird wegen der zahlreichen Eisenbahnunfälle, die sich in Dänemark in der letzten Zeit zugezogen haben, seinen Abchied nehmen.

London. Auf Jamaica sind durch eine Windstöße große Verwüstungen angerichtet worden. Bei dem Unwetter, welches zwei Tage anhält, haben mehrere hundert Menschen ihr Leben eingebüßt. Es sind große Ueberschwemmungen entstanden; die große Eisenbahnbrücke ist zerstört.

Sofia. In der Nacht eines Ritterschlages, nach dem am 5. d. M. der montenegrinische Staatspräsident Jovanovic in Sofia vor dem Hotel „Hesse“ von fünf Ritten überfallen worden ist, wird weiter gemeldet, dass die fünf Attentäter, die verhaftet worden waren, infolge der Intervention des russischen Generalkonsuls wieder in Freiheit gesetzt wurden. Jovanovic und einige seiner Freunde, die ihn vertheidigten, sind ziemlich schwer verwundet worden. Ersterer mußte in's Spital geschafft werden.

Die heutige Berliner Börse begann in fester Haltung, doch war das Geschäft auf fast allen Gebieten sehr still. Es fehlte an jeder Anregung, sowohl von auswärtis als aus dem Markt selbst heraus. Im weiteren Verlauf der Börse wurde die Geschäftslage noch intensiver, die Kurse bröckelten leicht ab. Die Spekulation hält sich angesichts der unsicheren Lage am Geldmarkt von größeren Unternehmungen zurück. Partaktien durchweg sehr still, als höher sind zu nennen Deutsche Bank und Continental, Kredittaktien vorübergehend auf Wien erholt. Am Eisenbahnmarkt waren heimische Werthe geschäftlos und wenig verändert, von fremden Bahnen schweizerische Werthe fest auf die Nachricht über die Finanzierung des Simplon-Unternehmens, dagegen waren amerikanische Werthe auf London schwach. Von Konstantinopel lagen Hüsenwerthe fest, besonders Bodumer und Laurabütte höher. Fremde Renten wenig im Verkehr, Mexikaner und Zuckerkurse gut behauptet, deutsche Renten wenig umgekehrt. Der Schluss der Börse war auf sehr niedrigen Niveau. Wechselkurs: Belgisch 4 Prozent. — Ein offizieller Bericht in Getreide und Mühlenfabrikanten fand nicht statt. Loco-Spiritus auch heute recht fest, Preise 20 Bgr. höher, 40er 43 M., 50er 42.7 M., Termine ebenfalls fest und etwa 30 Bgr. höher. Am Feinmarkt war die Haltung für Getreide Anhang schwach und zwar auf schwache Lebensberichte aus Rußland und auf einige Abgaben im Lieferungsgeheim. Weiterhin trat aber eine Erhol-

Triumph-Seife